

„Wir haben nur einen Schuss“

Innerhalb eines Wochenendes einigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf ein historisch einmaliges Rettungsprogramm – 750 Milliarden für den angeschlagenen Euro. Wie kam es dazu? Eine Rekonstruktion der dramatischen Ereignisse



FREITAG, 7. MAI

Berlin, Kanzleramt, 9.30 Uhr

Alles spricht für einen ruhigen Tag. Am Vormittag steht die Verabschiedung des Gesetzes zur Griechenland-Hilfe an, damit sind die Kredite für das angeschlagene Land erst einmal gesichert; am Nachmittag wird die Kanzlerin zu einem Wahlkampftermin in Düsseldorf erwartet. Trotzdem sind die Börsen merkwürdig nervös. Die Rendite zehnjähriger griechischer Staatsanleihen steigt in kurzer Zeit, auch der Euribor, zu dem sich die Banken untereinander Geld leihen, beginnt zu klettern.

Jens Weidmann, der im Kanzleramt für Wirtschaft zuständige Abteilungsleiter, verfolgt die Kursentwicklung aufmerksam. Wie alle, die sich näher mit der Börse beschäftigen, weiß er, dass die Kurs-

ausschläge Verbote ernsterer Probleme sind. Er verfasst eine kurze Notiz, die er nach oben in die Führungsetage gibt.

Berlin, Bundestag, 10 Uhr

Die Debatte über die Finanzhilfe für Griechenland ist auf drei Stunden angesetzt, aber allen ist klar, dass eine Ablehnung nicht in Frage kommt. „Wir müssen diese gemeinsame europäische Währung als Ganzes verteidigen“, sagt Finanzminister Wolfgang Schäuble, der für die Regierung spricht. „Mit ihr verteidigen wir zugleich das europäische Projekt.“

Es gibt viel Applaus, Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt anschließend im kleinen Kreis, dass Schäubles Rede ihr wieder einmal gezeigt habe, dass es wichtig sei, an ihm als Finanzminister festzuhalten, trotz aller gesundheitlichen Probleme.

Der Bundestag billigt das Gesetz mit 391 zu 72 Stimmen, die Abgeordneten verabschieden sich zufrieden ins Wochenende.

Frankfurt, Bundesbank, vormittags

„Bundesanleihen mit deutlichen Gewinnen aufgrund anhaltender Flucht in Sicherheit“, heißt es in der „Aktuellen Marktentwicklung“, in der die Spitze der Bundesbank seit der Griechenland-Krise täglich über das Börsengeschehen informiert wird. „Europäische Aktienmärkte mit Verlusten aufgrund der verstärkten Sorgen um die Euro-Peripherie.“

Brüssel, EU-Kommission, vormittags

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso lässt sich mit Merkel verbinden, um mit ihr über die „besorgniserregende Entwicklung auf den Märkten“ zu beraten,



Euro-Verteidiger Merkel, Sarkozy, Trichet Rege Pendeldiplomatie

Am Tag zuvor ist der Dow Jones plötzlich um 1000 Punkte abgestürzt, es heißt, ein Zahlendreher sei verantwortlich, aber niemand weiß Genaues.

Als Schäuble anschließend Merkel informiert, hat diese gerade mit dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und dem EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy gesprochen. „Die Dinge spitzen sich zu“, sagt die Kanzlerin. Die Flugbereitschaft wird angewiesen, den Flug um eine Stunde nach vorn zu verlegen, Merkel hat es jetzt eilig, nach Brüssel zu kommen.

Brüssel, Justus-Lipsius-Gebäude, 15 Uhr

Nicolas Sarkozy trifft als erster Staatsführer zum Sondertreffen in der belgischen Hauptstadt ein. Am Vormittag hat der französische Staatspräsident an einer Gedenkfeier für im Dienst getötete Polizisten in Neuilly-sur-Seine teilgenommen, deshalb muss er schnell noch den Anzug wechseln, bevor er sich im französischen Delegationsbüro an die Vorbereitung des Krisengipfels macht.

Sarkozy nutzt die Zeit, bis auch die Bundeskanzlerin gelandet ist, zu einer regen Pendeldiplomatie. Nacheinander bittet er Portugals Premier José Sócrates, Berlusconi und den Spanier José Luis Rodríguez Zapatero zu vertraulichen Gesprächen und unterbreitet ihnen den „französischen Plan“, den er später am Abend in großer Runde präsentieren will. Schon lange kämpft der Franzose für eine einheitliche europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik, die endlich die Konkurrenz der Länder bei Steuern und Sozialabgaben beenden soll. Vor ein paar Wochen erst hatte seine Finanzministerin Christine Lagarde den Deutschen ihre Wettbewerbsfähigkeit vorgeworfen, die zu Lasten der Schwächeren ginge, in Berlin hatte das eher zu Erheiterung geführt.

Die Krise des Euro gibt ihm nun die Gelegenheit zum Vorstoß: Der französische Plan sieht die Ausgabe einer europäischen Anleihe vor, für die alle Länder gemeinsam haften. Mit den Euro-Bonds gäbe es keine Zinsunterschiede mehr in der Euro-Zone und damit auch keine Strafen für die Länder, die nach Meinung der Anleger weniger solide wirtschaften.

Brüssel, Justus-Lipsius-Gebäude, 18 Uhr

„Doorstep“ heißt das Ankunftsritual der Politiker bei Gipfeltreffen: Angela Merkel steigt aus dem Wagen, geht ein paar Schritte auf dem roten Teppich, bleibt dann vor den Kameras stehen, sagt zwei, drei Worte für die Abendnachrichten und eilt dann weiter in den hochaufragenden Betonbau. Von außen betrachtet verläuft die Konferenz wie immer, Routine. Zwei

Stunden sind für Beratungen eingetragen, dann soll bei einem Abendessen, zwischen Spargel und Schoko-Dessert, die vereinbarte Milliardenhilfe für Griechenland endgültig auf den Weg gebracht werden.

Bevor sich die Bundeskanzlerin zu den anderen Regierungschefs gesellt, setzt sie sich kurz mit Sarkozy zusammen. Der französische Präsident schlägt vor, aus Geldern des EU-Haushalts einen Rettungsfonds zu bilden, es schwirren verschiedene Zahlen durch den Raum, zwischen 35 und 70 Milliarden Euro. Er sagt, dass die Zeit dränge und man ein Zeichen der Entschlossenheit setzen müsse.

Merkel hat Einwände. Sie hält so ein hastig aufgelegtes Paket für ungeeignet, das Vertrauen in den Euro zu stärken; außerdem will sie sich über die rechtlichen Folgen im Klaren werden, sie ist schon bei den ersten Zahlen misstrauisch geworden. Wer entscheidet über die Vergabe des Geldes, fragt sie, wie wird das dann ausgezahlt?

Brüssel, Justus-Lipsius-Gebäude, 8. Stock, 21 Uhr

Der Spargel ist geblieben, auch der Steinbutt, aber sonst läuft bei dem Abendessen im Restaurant des Tagungsgebäudes alles anders als geplant. Vorn hat Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, Platz genommen, hinter ihm stehen Schautafeln mit Zinskurven der vergangenen Tage. Einige der angereisten Staatschefs blicken sich verwundert an, sie bekommen erst jetzt mit, dass sich das Gipfelthema geändert hat und es längst nicht mehr nur um Griechenland geht.

Trichet lässt keinen Zweifel, wie ernst er die Lage einschätzt. Der Interbankenhandel sei praktisch zum Erliegen gekommen, auf den Märkten breite sich Panik aus. Wenn nichts geschehe, drohe eine neue Finanzkrise, schlimmer sogar als nach dem Kollaps von Lehman Brothers.

„Die Euro-Zone durchlebt die schlimmste Krise seit ihrer Gründung“, sagt Sarkozy, nachdem Trichet seinen Vortrag beendet hat. „Wir müssen eine systemische Antwort finden“, erklärt auch Merkel. Die Kanzlerin schlägt vor, das Wochenende zu nutzen, um eine Lösung zu finden: Die Antwort wolle gut überlegt sein, man habe „nur einen Schuss“. Für Sonntag wird ein Treffen aller Finanzminister vereinbart, das Dessert findet keine große Beachtung mehr.

Brüssel, Justus-Lipsius-Gebäude, Foyer, 0.30 Uhr

„Eurogruppengipfel beendet – Stake out BK'in Merkel vor VIP-Eingang Innen – JETZT“, schreibt der Pressesprecher der deutschen EU-Vertretung, Martin Kottaus, den im Pressezentrum dösenden Journalisten per SMS. Merkel, müde und mürrisch, sagt drei dürre Sätze, dann eilt sie zum Auto und ist weg.

die er beobachtet. Beide teilen den Eindruck, dass die für Griechenland gefundene Lösung offenbar nicht ausreicht, um die Märkte dauerhaft zu beruhigen. Man vereinbart, den für den Abend angesetzten Gipfel in Brüssel zu nutzen, um über weitere reichende Vorschläge zu reden. Von konkreten Summen ist noch keine Rede, auch nicht von einem konkreten Zeitplan.

Berlin, Finanzministerium, 14 Uhr

Auf Bitte des amerikanischen Finanzministers Timothy Geithner verabreden sich die Finanzminister der sieben großen Industriestaaten zu einer Telefonkonferenz, Schäuble ist aus seinem Büro in Berlin zugeschaltet. Auch Geithner berichtet von einer steigenden Nervosität der Börsen und bestürmt seine europäischen Kollegen, alles zur Stützung des Euro zu tun.

BARCA PRESS / ACTION PRESS

Die Kanzlerin hat sich, auch angesichts der vorgerückten Zeit, entschlossen, auf eine Pressekonferenz zu verzichten, sie hat am nächsten Tag den kanadischen Premier zu Gast, da muss sie eh vor die Presse. Sarkozy hingegen lässt alle Journalisten zuammertrommeln, die sich noch im Gebäude befinden. Seine Erklärung zu einem „Rettungsschirm“ für den Euro, der zu „95 Prozent“ die französische Handschrift trage, setzt den Ton für die Berichterstattung des Wochenendes.

Auch Berlusconi tritt lächelnd und gutgelaunt vor die Presse. Er spricht von einer „Ausnahmesituation“, er sagt: „Wenn das Haus brennt, ist es egal, woher das Wasser kommt. Ich bin sehr zufrieden mit diesem Abend, Frankreich und Italien haben sich durchgesetzt.“ Keiner spricht es aus, aber es ist klar, dass die Wasser-schläuche vor allem an den deutschen Hydranten hängen sollen.

gen um den Euro zu erkundigen, auch in China ist man unruhig geworden. Merkel versichert ihm, dass die Europäer alles tun werden, um die Dinge unter Kontrolle zu bekommen.

SONNTAG, 9. MAI

Frankfurt am Main, Bundesbank, 12 Uhr
Bundesbankpräsident Axel Weber unterrichtet seine Kollegen aus dem Führungskreis über den Stand der Verhandlungen. Er hat sich von seinem Fahrer ins Büro bringen lassen, die anderen sitzen zu Hause vor dem Telefon.

Viel ist es nicht, was Weber sagen kann, außer dass es um viel mehr Geld geht als ursprünglich geplant. Die Bundesregierung hat die Bank gebeten, den Liquiditätsbedarf der Südländer für die nächsten zwei Jahre zu berechnen. 500 Milliarden werden in dieser Zeit allein an Krediten fällig, die dann umgeschuldet werden müssen.

europäischen Anleihe. Das Papier liest sich, als wäre es direkt im Elysée-Palast geschrieben, für die deutschen Vertreter vor Ort ist jetzt klar, dass sie an die Wand gedrückt werden sollen.

Brüssel, Justus-Lipsius-Gebäude, 15 Uhr
Finanzminister Schäuble erreicht das Tagungsgebäude im Brüsseler Europaviertel über die Tiefgarage. Während draußen vor dem Gebäude die anderen Finanzminister in den Mikrofonwald ihre Einschätzungen geben, wird er mit dem Fahrstuhl in einen medizinischen Notfallraum gebracht, wo schon ein Sanitäter auf ihn wartet. Auf der Fahrt vom Flughafen war Schäuble plötzlich schlecht geworden. Hektisch wird eine Ambulanz herbeigerufen, als sich der Zustand nicht bessert, der Minister verlässt das Gebäude so unbemerkt, wie er es betreten hat, der Krankenwagen bringt ihn in die nahe gelegenen Cliniques Universitaires Saint-Luc, wo er



Italiens Ministerpräsident Berlusconi



Bundeskanzlerin Merkel in Moskau

SAMSTAG, 8. MAI

Moskau, 18 Uhr

Die deutsche Kanzlerin ist nach einem Wahlkampfauftritt in Bielefeld weit weg von der Heimat in Russland, wo am nächsten Tag auf dem Roten Platz der Sieg über Nazi-Deutschland gefeiert wird. Der Termin liegt denkbar ungünstig, Sarkozy und Berlusconi, die ebenfalls eingeladen waren, haben kurzfristig abgesagt, aber ein Rückzieher der Deutschen wäre nicht in Frage gekommen, befindet man in Kanzleramt. Die Russen hätten dies als Affront verstanden; immer wieder haben sie sich im Vorfeld vergewissert, ob es auch bei der Teilnahme der deutschen Kanzlerin an der Siegesfeier bleibe.

Merkel sitzt bei der Feier in der ersten Reihe, zwischen Premier Wladimir Putin und dem chinesischen Staatschef Hu Jintao, eine protokollarische Auszeichnung. Hu nutzt die Gelegenheit, um sich bei seiner Sitznachbarin nach den Bemühun-

Die Frage für die Währungshüter ist jetzt, ob das Geld als Bürgschaften oder als echte Kredite an notleidende Länder ausgereicht werden soll, aber dazu muss Weber passen. Allen ist schmerzhaft bewusst, dass der Bundesbank-Vorstand zu diesem Zeitpunkt nur noch ein Zaungast beim Ringen um die Zukunft des Euro ist.

Brüssel, Berlaymont-Gebäude, 13 Uhr

Bevor die Finanzminister der Euro-Staaten in Brüssel zu ihrer Sondersitzung zusammentreten, veröffentlicht die EU-Kommission eine Beschlussvorlage für das Treffen, um schon einmal die Richtung vorzugeben. Danach soll die Mitwirkung des Internationalen Währungsfonds künftig ausgeschlossen werden, es gibt keine Befristung der Hilfen, eine Bewilligung soll auch gegen den Willen einzelner Mitgliedsstaaten möglich sein, und für die Kredite sollen alle gemeinsam aufkommen, geplant ist die Auflage einer

sofort auf die Intensivstation kommt. Im großen Konferenzraum, in dem sich inzwischen die Finanzminister eingefunden haben, nimmt Staatssekretär Jörg Asmussen Schäubles Platz ein. Umständlich, an einigen Stellen stotternd, trägt der finnische Währungskommissar Olli Rehn den Entwurf der Kommission vor. Europa müsse eine „entschlossene Antwort“ geben, „ehe die Märkte wieder öffnen“.

Dresden, 16 Uhr

Innenminister Thomas de Maizière ist auf einem Waldspaziergang, als ihm einer seiner Personenschützer das Handy mit einem Anruf der Kanzlerin weiterreicht: Schäuble sei ins Krankenhaus eingeliefert worden, sie bitte ihn, die Verhandlungen zu übernehmen. Während de Maizière nach Hause eilt, verlegt die Flugbereitschaft eine ihrer Maschinen nach Dresden. Um 18.15 Uhr ist der Innenminister in der Luft nach Brüssel.

Berlin, Kanzleramt, 16.15 Uhr

Im Kanzleramt gehen die ersten Zahlen von Infratest über den Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen ein: Nach der Wählerbefragung liegen CDU und SPD gleich auf, die Grünen sind fast doppelt so stark wie die FDP, damit ist klar, dass die schwarz-gelbe Regierung unter Führung von Jürgen Rüttgers keine Chance mehr hat. Die Runde im Büro von Merkel nimmt das Ergebnis gelassen auf, es ist keine wirkliche Überraschung mehr, die Zahlen, die im Hause kursieren, zeigen seit Wochen nach unten.

Die größte Gefahr ist jetzt eine Diskussion über die Führung der Union, aber da ist die Euro-Krise, von der die Öffentlichkeit noch nichts weiß, politisch hilfreich: Die Nachricht über das neue Rettungspaket wird ab Montag alles andere in den Hintergrund drängen, auch die Wahlschlappe in Düsseldorf.

Brüssel, Justus-Lipsius-Gebäude, 20.30 Uhr

Endlich ist de Maizière da, um für die Deutschen die Verhandlungen aufzunehmen. Asmussen hat die Zeit überbrückt, indem er protokollarische Fragen vortrug. Die Finanzminister haben jetzt noch wenige Stunden Zeit, eine überzeugende Lösung der Euro-Krise zu finden, dann eröffnet die Börse in Sydney. „Das ist die Deadline, die wir schaffen müssen“, sagt die französische Finanzministerin Christine Lagarde, danach beginnt das Spiel der Spekulanten.

De Maizière macht gleich klar, dass er den Vorschlag der EU-Kommission, eine europäische Anleihe aufzulegen, für die alle Mitgliedstaaten gemeinsam bürgen, nicht akzeptieren könne, schon aus verfassungsrechtlichen Gründen. „Diese Lösung kommt überhaupt nicht in Frage“, sagt er. Es folgt eine hitzige Diskussion, dann ist die Idee vom Tisch. Es ist

Frankfurt am Main, Bundesbank, 22.30 Uhr

Bundesbankchef Weber meldet sich bei seinen Kollegen mit den neuesten Nachrichten aus Berlin und Brüssel. Er berichtet, dass die Europäische Zentralbank dazu entschlossen sei, Anleihen kreditbedürftiger Länder aufzukaufen, notfalls schon ab Montag. Für einen Moment herrscht konsterniertes Schweigen; allen, die zugeschaltet sind, ist klar, was das bedeutet: Der Maastricht-Vertrag ist außer Kraft gesetzt, die Euro-Zone haftet nun gesamtschuldnerisch für alle Mitgliedstaaten, die Europäische Zentralbank verliert ihre Unabhängigkeit, indem sie dem politischen Druck nachgibt und in die monetäre Staatsfinanzierung einsteigt.

Einer aus der Runde der Bundesbanker fragt Weber, ob er die Kanzlerin auf die Konsequenzen hingewiesen habe. Weber antwortet, dass er im Zentralbank-Rat



US-Präsident Obama



Bundesbank-Chef Weber

Berlin, Washington, Weißes Haus, nachmittags

US-Präsident Barack Obama lässt sich von Merkel über den Fortgang der Verhandlungen informieren. Obama drängt auf eine „entschlossene Antwort“ der Europäer. Entschlossen heißt für ihn: so groß, dass sie die Märkte beeindruckt und die Spekulanten abschreckt.

Die Kanzlerin verspricht, bis zum Abend einen Vorschlag zu machen, der über das bislang diskutierte Notprogramm von 60 Milliarden Euro deutlich hinausgeht. Sie bittet im Gegenzug um die Unterstützung des Präsidenten, wieder den Internationalen Währungsfonds zu beteiligen. Nach dem Telefonat übermittelt das Kanzleramt in den Elysée, dass die deutsche Regierung daran denke, den Kreditrahmen für die Euro-Länder auf 440 Milliarden auszuweiten.

22 Uhr, noch zweieinhalb Stunden, bis ein Signal nach Sydney gesandt sein muss.

Berlin, Kanzleramt, 21.30 Uhr

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, Außenminister Guido Westerwelle und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger treffen zur Krisenrunde im Kanzleramt ein. Niemand ist dort auf die Idee gekommen, auch den Verkehrsminister oder die Verbraucherministerin dazuzubitten. So kommt es, dass die CSU nicht mit am Tisch sitzt, als Merkel über den Stand der Verhandlungen berichtet, was am nächsten Tag in München für großen Unmut sorgt.

Die Kanzlerin ist besorgt, dass die Milliardenhilfe für den Euro nicht verfassungsgemäß sein könnte. Die Runde ist sich einig, dass nun alles auf die genaue Formulierung des Gesetzestextes ankommt, der dem Bundestag vorgelegt wird.

gegen den Ankauf von Staatsanleihen votiert habe, er sei aber überstimmt worden. Neben Weber waren auch EZB-Volkswirt Jürgen Stark und der niederländische Notenbankchef Nout Wellink dagegen.

Ganz ohne Zustimmung der Bundesbanker geht es allerdings nicht: Deutschland hat sich zum Kauf von Anleihen in Höhe von acht Milliarden Euro verpflichtet, was jetzt einen entsprechenden Vorstandsbeschluss erforderlich macht. Eine Formalie, aber jetzt eine bedeutsame. Die Vorstände diskutieren, ob sie die Zustimmung verweigern sollen, sie halten die Entscheidung für unwirksam, weil sie nach ihrer Meinung der Satzung widerspricht, die eine Staatsfinanzierung eigentlich ausschließt. Nach kurzer Beratung entscheidet sich das Gremium gegen diesen Schritt: Man will sich nicht gegen die EZB stellen und einen Beschluss, den alle anderen Zentralbanken gebilligt haben.

Brüssel, Justus-Lipsius-Gebäude, 23 Uhr „Warten auf neuen Text“, simst ein Finanzminister seinem Tross, der einige Stockwerke tiefer Quartier aufgeschlagen hat, ein paar Minuten später kommt ein neuer Kompromissvorschlag, zehn Absätze auf eineinhalb Seiten.

Die Verhandlungen kreisen jetzt um die Frage, ob statt Euro-Bonds nicht bilaterale Hilfen sinnvoller wären, bei denen jeweils ein Land einem Krisenstaat zu Hilfe eilt. Deutschland hat für solche Fälle die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Geld verleiht, für das der Staat haftet, aber es meldet sich sofort Protest von italienischer Seite: Rom habe kein solches Bankinstitut, bei einer direkten Staatshilfe müsse zuerst das italienische Parlament gefragt werden, und das könne dauern. Die Minister mehrerer kleiner Länder nicken. „Das ist kein starkes Signal“, sagt auch die Französin Lagarde: „Wir brauchen Garantien für die Märkte.“

das im Nikotinnebel noch erkennen kann.

In einer Nische am anderen Ende des Konferenzsaals suchen die spanische Finanzministerin Elena Salgado und ihr portugiesischer Kollege Fernando Teixeira dos Santos Verbündete im Kampf gegen Sparvorgaben. Die Spanier wollen im Kommuniqué nicht als Schuldensünder auftauchen, denen man verbindlich vorschreibt, dass sie ihr Defizit um 1,5 bis 2 Prozentpunkte senken müssen. Auch sie haben schließlich Erfolg. Man einigt sich auf eine „Zusicherung“ in der Abschlussklärung, „erhebliche zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen“, wie es später dann heißt.

Unerwarteter Widerstand kommt dafür vom britischen Schatzminister Alistair Darling, dessen letzte Dienstreise ihn nun noch einmal nach Brüssel geführt hat. Er verlangt Garantien, dass die Briten weder jetzt noch in Zukunft für die

Runde, es scheint geschafft, da ergreift der finnische Finanzminister Jyrki Katainen das Wort.

Er habe hier noch ein paar Punkte, sagt er und zieht ein Blatt Papier aus seiner Mappe, drei Sätze nur, die müssten unbedingt in den Vertragstext hinein. Katainen will unter anderem eine Steuer für Finanztransaktionen durchsetzen. Man könne doch nicht auseinandergehen, ohne die Finanzmärkte stärker zu kontrollieren, sagt er.

De Maizière schüttelt erschöpft den Kopf, die FDP lehnt so eine Abgabe rundweg ab. Der Innenminister bittet deshalb darum, es bei einem Prüfungsauftrag zu belassen. So findet am Ende auch noch die nebulöse Formulierung ihren Weg in die Erklärung, die EU wolle „die Möglichkeit einer globalen Transaktionssteuer sondieren“. Es ist die letzte Änderung am Beschlusstext, Europa hat sich zur Rettung seiner Gemeinschaftswährung



Innenminister de Maizière



Verhandlungsort Justus-Lipsius-Gebäude

Es bleiben nur noch ein paar Minuten für das Zeichen an Sydney. Es sieht nicht gut aus.

„Wir lassen Sydney verstreichen, konzentrieren uns auf Tokio und nehmen jetzt ein Auszeit“, schlägt Lagarde vor, die erkennbar eine Moderatorenrolle übernommen hat. Die Finanzminister haben eineinhalb Stunden Zeit gewonnen, die Börse in Tokio öffnet um zwei Uhr. Die Delegationen stehen auf und ziehen sich in kleinen Grüppchen zurück.

Österreichs Finanzminister Josef Pröll nimmt seine Kollegen aus der Slowakei und Slowenien beiseite, dann tritt noch der Belgier Didier Reynders dazu. Pröll will lieber Garantien geben als Geld aus der Staatskasse. Irgendwann zieht sich der Österreicher, eigentlich militanter Nichtraucher, mit Jean-Claude Juncker ins gläserne Raucher-Aquarium zurück, beide das Papier der EU-Kommission und einen Stift in der Hand – soweit man

Ausfälle von Euro-Ländern haften müssen. „Völlig unrealistisch“, blafft Schwedens Finanzminister Anders Borg zurück, wenn die Euro-Zone in weitere Probleme gerate, werde das in London als Erstes zu spüren sein. Es gebe jetzt offenbar drei Klassen von Staaten in Europa, spottet Jean-Pierre Jouyet, Chef der französischen Finanzaufsicht: die Euro-Länder, dann jene, die den Euro verstehen wie Schweden und Polen – „und es gibt die Engländer“.

Fieberhaft arbeiten die Delegationen an einem neuen Text der Erklärung, es ist 1.45 Uhr, als der nächste Entwurf vorliegt, 15 Minuten vor der Börsenöffnung in Tokio. Die Euro-Bonds sind raus, auch die bilateralen Hilfen, dafür gibt es eine neue Institution, für deren Bonität die Mitgliedstaaten einstehen. De Maizière beharrt in letzter Sekunde auf der zeitlichen Begrenzung des Rettungspakets auf drei Jahre. Alle blicken in die

auf ein Kreditprogramm von 500 Milliarden Euro geeinigt.

Brüssel, 2.09 Uhr

Auf dem Handy eines französischen Delegationsmitglied geht eine SMS aus dem Elysée ein. Die Botschaft ist denkbar knapp: „Bravo.“

Brüssel, 2.36 Uhr

Bevor sie ihre Mitarbeiter ins Bett entlässt, beruft Merkel noch einmal eine Telefonkonferenz ein. In Berlin sitzen Kanzleramtschef Ronald Pofalla, Abteilungsleiter Weidmann und Regierungssprecher Ulrich Wilhelm, aus Brüssel sind Asmusen und de Maizière zugeschaltet. Merkel dankt allen für ihren Einsatz: „Wir haben unsere wesentlichen Forderungen erreicht.“

FIONA EHLERS, MARCO EVERS,
JAN FLEISCHHAUER, WOLFGANG REUTER,
HANS-JÜRGEN SCHLAMP, STEFAN SIMONS,
HOLGER STARK, HELENE ZUBER